



Herrn Stadtrat
Fritz Schmude
und
Andre Wächter
ALFA-Gruppierung

Rathaus

Datum: 25.02.2016

Halten auch in München die Polizeibehörden Informationen zurück?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
Anfrage Nr. 14-20 / A00483 von Herrn StR Fritz Schmude und StR Andre Wächter - ALFA
vom 12.01.2016, eingegangen am 12.01.2016

Sehr geehrter Herr Stadtrat Schmude,
sehr geehrter Herr Stadtrat Wächter,

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Es ist inzwischen offensichtlich, dass die Kölner Polizeidirektion versucht hat nach den Vorfällen vor und im Kölner Hauptbahnhof am Silvesterabend Informationen zur Täterschaft zurückzuhalten. Während der Polizeipräsident noch Tage später nichts von einer Beteiligung von Flüchtlingen an Straftaten wissen wollte und stattdessen die Aufmerksamkeit der Medien und Öffentlichkeit auf kleinkriminelle Banden lenken wollte, war tatsächlich schon in der Silvesternacht der Polizei bekannt, dass Flüchtlinge beteiligt waren.“

Der Polizeipräsident schreckte dabei nicht davor zurück, sogar der Kölner Oberbürgermeisterin die Wahrheit vorzuenthalten. Herr Albers wurde zwischenzeitlich in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Ein solches Vorgehen ist aber der falsche Weg. Das die „Willkommenskultur“ vollkommen deplatziert war, ist inzwischen offensichtlich. Ursprünglich war der Begriff der Willkommenskultur auf reguläre Einwanderung gemünzt. Nötige Einwanderer sollten nicht mehr wie früher Gastarbeiter behandelt werden, sondern eingeladen, willkommen geheißen und erfolgreich integriert werden. Doch die Einladung wurde wahllos auf alle Flüchtlinge, auch die, die unregistriert und zum Teil illegal eingewandert sind, ausgedehnt.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 233-92440
Telefax: 233-27458

Wir – ALFA – treten für eine Hilfskultur ein. Flüchtlinge müssen überall in der Welt und insbesondere in Deutschland mit Hilfe und menschlicher Zuwendung rechnen können. Diese Hilfskultur könne aber nur im Rahmen der Möglichkeiten von Städten und Kommunen gelebt werden. In manchen Kommunen ist die faktische Obergrenze inzwischen erreicht.

Probleme mit Flüchtlingen müssen auch in München offen kommuniziert werden. Nur dann können für deren Probleme auch Lösungen erarbeitet werden. Gerüchte und falsche Verdächtigungen sind Gift für jede Gesellschaft und bringen Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremen Vorschub.“

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage:

Haben Sie in Ihren regelmäßigen Treffen mit den polizeilichen Münchner Behörden nach einer Beteiligung von Flüchtlingen an Vergehen oder Straftaten gefragt?
Welche Auskunft haben Sie erhalten?

Antwort:

Nein

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter